



007023

Publikations-Datum: 20000124

Seite: 19

Tages-Anzeiger**Region**

Amt und Beruf: Immer öfter unvereinbar

Wegen Überlastung treten immer mehr Gemeinderäte und Schulpfleger vor Ende ihrer Amts dauer zurück.

Autor: Von Liliane Minor

Der Aufwand von 450 Stunden pro Jahr für sein Amt lasse sich nicht mehr mit dem beruflichen Alltag und seiner Familie vereinbaren, schrieb Andreas Rümmeli in der Mitteilung, mit der er seinen Rücktritt als Oberstufenschulpfleger der Gemeinde Weisslingen-Kyburg bekannt gab. Kein Einzelfall, im Gegenteil: "Die Rücktritte aus Gemeindeämtern häufen sich wie noch nie", sagt Kurt Lüscher, Statthalter und Präsident des Pfäffiker Bezirksrats. Er muss die Rücktritte von Amtes wegen genehmigen.

Rücktritte werden meistens bewilligt

Ähnliche Tendenzen beobachten die meisten Bezirksräte. In Dielsdorf zum Beispiel wurden 1999, im Jahr nach den kommunalen Gesamterneuerungswahlen, 38 Rücktrittsgesuche bewilligt; in der Amtsperiode zuvor waren im Jahr nach den Wahlen nur 20 Behördenmitglieder zurückgetreten. Und das, obwohl in Exekutivämtern - ausser in Kirchenpflegen - Amtzwang herrscht. Das heisst: Ein Rücktritt wird nur bewilligt, wenn sich die Bedingungen in Beruf, Amt oder Gesundheit unvorhersehbar grundlegend geändert haben oder der Rücktrittswillige über 60 Jahre alt ist. Trotzdem musste der Pfäffiker Statthalter Kurt Lüscher - wie seine Amtskollegen - die meisten Rücktritte bewilligen.

Wirtschaft ist gefordert

Ein Grund für die vielen Rücktritte ist die Wirtschaftslage. Dazu Statthalter Lüscher: "An ihrem Arbeitsplatz sind die Leute viel mehr gefordert, und sie werden viel öfter versetzt." Immer weniger Arbeitgeber seien zum Beispiel bereit, Mitarbeiter für öffentliche Ämter freizustellen. Und deshalb ist es für die Parteien auch immer schwieriger, neue Kandidaten und Kandidatinnen zu finden. "Wir führen deshalb Gespräche mit Unternehmen. Auch sie sind gefordert, ihren Beitrag zu leisten", sagt FDP-Kantonalpräsident Martin Vollenwyder.

Neben dem Stress im Beruf bringt aber auch die wachsende Belastung im Amt viele Gewählte dazu, vorzeitig abzutreten - und das vor allem in den Schulpflegen. Dort hat der zeitliche Aufwand in den letzten Jahren ständig zugenommen. "Bereits die Einführung des schulfreien Samstags spickte viele Berufstätige aus den Schulpflegen, weil Visitationen nun während der Arbeitszeit gemacht werden müssten", berichtet der Ustermer Statthalter Fritz Oesch. Die zweite Welle komme jetzt mit den zeitintensiven Lehrerbeurteilungen.

Ein weiterer Grund ist die oft magere Entschädigung für politische Ämter. Würde ein Behördenamt als Teilzeitarbeit entlöhnt, gäbe es wohl weniger Rücktritte, mutmasst Bruno Baur, Statthalter in Bülach. "Manche Behördenmitglieder würden dann ihr Pensum im Beruf reduzieren." Gerade Schulpfleger üben ihr Amt oft als reines Nebenamt aus, weil die Entschädigung zu gering ist.

Versuche, die Exekutivämter besser zu entlönen, scheitern dennoch meistens. In der Gemeinde Meilen zum Beispiel, die zurzeit stark von Rücktritten betroffen ist (TA vom Samstag), diskutiert man im Zusammenhang mit der Revision der Gemeindeordnung auch über die Frage "Entschädigung oder Lohn?". Gegner einer Entlohnung fürchten um den Gemeindehaushalt und argumentieren, der Charakter des Dienstes am Staat müsse erhalten bleiben. Viele Behördenmitglieder sind heute aber nicht mehr bereit, dem Staat einfach zu dienen. Sie betrachteten ihr Amt als ganz normalen Job, hat der Hinwiler Bezirksratsschreiber Bruno Rusterholz festgestellt: "Dies geht aus den Formulierungen in den Rücktrittsschreiben hervor." Auch sein Meilemer Kollege Theophil Friess hat das beobachtet: "Heute werden die Rücktrittsgesuche mit einer grossen Selbstverständlichkeit gestellt."

Manche unterschätzen ihr Amt

Dass die Gewählten ihr Amt ganz einfach unterschätzen, kommt auch vor. "Manchmal habe ich das Gefühl, dass der eine oder andere nur wegzieht, damit er einen Grund für den Rücktritt hat", sagt Bruno Baur. Der Dielsdorfer Statthalter Bernhard Meier sah sich bei den letzten Wahlen zum ersten Mal genötigt, die Parteien zu ermahnen, ihre Kandidaten über die Arbeitsbelastung offen zu informieren: "Ich musste auch schon Rücktritte ablehnen, weil der Kandidat die Arbeitsbelastung falsch eingeschätzt hatte."

Trotzdem werden Gesuche nur in Einzelfällen abgelehnt. Die Bezirksräte streben ein gutes Einvernehmen mit den Rücktrittswilligen an. "Ablehnungen sind eine schwierige Sache", sagt Statthalter Fritz Oesch. "Wenn die übrigen Mitglieder der Behörde mit dem Rücktritt einverstanden sind, dient es niemandem, wenn einer gegen seinen Willen bleiben muss."

[Neue Suche](#)



[Dokumenten-Liste](#)